



Sechs Männer und eine Frau. Die neuen Ortsvorsteher und die Ortsvorsteherin werden von Bürgermeister Björn Jarosz (rechts) verpflichtet: Mike Knigge (Silberg/Varste), Dr. Christian Jung (Rahrbach/Kruber), Tatjana Vente (Kirchhundem), Holger Ochsenfeld (Welschen Ennest), Thomas Weidebach (Benolpe), Peter Meyer (Oberhundem, Schwartmecke, Selbecke, Erlhof, Stelborn) und Karl-Josef Cordes (Würdinghausen) (von links). FOTO: VOLKER EBERTS

Sieben neue Ortsvorsteher im Amt

Bei der Wahl und Verpflichtung der ehrenamtlichen Dorfvertreter keimt eine alte Grundsatz-Diskussion wieder auf. In fünf von 12 Bezirken gab es keine Interessenten

Von Volker Eberts

Kirchhundem. Seit Donnerstagabend sind sie nun offiziell im Amt, die neuen Ortsvorsteher in der Gemeinde Kirchhundem und - als einzige Frau - Tatjana Vente, die in ihre zweite Amtsperiode durchstartet. Nach der einstimmigen Wahl durch den Gemeinderat nahm Bürgermeister Björn Jarosz ihnen die „Verpflichtung zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben“ ab. Damit dürfen sie nun bis zur nächsten Kommunalwahl die Wünsche und Anliegen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüber der Gemeindeverwaltung vertreten.

Vielleicht hätten sich einige ihre Bereitschaft zu diesem Ehrenamt noch einmal überlegt, hätten sie gewusst, was Teile des Gemeinderats vom Amt des Ortsvorstehers überhaupt halten. „Die UK- und die SPD-Fraktion hatten das Ortsvorsteher-Amt 2004 abgeschafft, die CDU hat es dann wieder eingeführt. Es ist ein Relikt aus früheren Zeiten“, begann Christoph Henrichs (UK) die Diskussion vor der Ortsvorsteher-Wahl. Die Vertretung der Orte durch Gemeindevertreter reiche aus. Diese seien immerhin auch demokratisch gewählt, sagte Henrichs und betonte, dass sich diese Kritik nicht gegen die Personen richte, die das Amt nun übernehmen wollten.

Der Ortsvorsteher ein Auslaufmodell? Nur sieben von 12 Bezirken konnten besetzt werden. In Albaum, Heinsberg, Marmecke/Rinsecke, Hofolpe und Brachthausen/Wirme/Emlinghausen bleibt der Stuhl leer. Alfred Bierhoff (CDU), selber viele Jahre Ortsvorsteher in Brachthausen/Wirme/Emlinghausen, sieht den Grund für mangelndes Interesse woanders: „Ich halte die Wahl für sehr wichtig.“ Allein schon deshalb, weil die Ortsvorsteher im Gegensatz zu den Ratsmitgliedern Rederecht in jedem Ausschuss hätten. Aber viele wüssten gar nicht, welche Aufgaben, Rechte und Pflichten ein Ortsvorsteher/in habe. Dies müsse man besser deutlich machen.

Kritik am Versammlungsmodus
Nicht nur, aber auch deshalb war die Gemeindeverwaltung in den letzten Wochen zu 12 Bürgerversammlung durch die Gemeinde getingelt. „18 Uhr war viel zu früh für Arbeitnehmer“, kritisierte Karl-Josef Cordes. Und der Zuschnitt der Versammlungen habe nicht gepasst.

Die Orte Albaum und Heinsberg mit ganz unterschiedlichen Problemen hätten eigene Versammlungen und keine gemeinsame gebraucht.

„Dient es dem Ehrenamt, dem Engagement, hier die Notwendigkeit der Ortsvorsteher zu besprechen?“

Dr. Christian Jung,
Ortsvorsteher

Bürgermeister Jarosz widersprach. Die Verwaltung habe in den letzten Wochen viele abgesagte Sitzungen nachholen müssen, noch mehr Versammlungen wären nicht möglich gewesen. In einigen Bezirken sei die Beteiligung sehr gut gewesen und es habe auch großes Interesse am Ortsvorsteheramt gegeben.

Nach der Diskussion konnten die Wahl und Ernennung der neuen Bürgerschaftsvertreter/in dann endlich stattfinden. Dass die öffentliche Grundsatz-Debatte nicht gerade motivationsfördernd war, stellte Dr. Christian Jung, neuer und alter Ortsvorsteher für Rahrbach und Kruber und mit zehn Jahren Amtszeit der erfahrenste Bürgervertreter in der Gemeinde, noch am Donnerstagabend in einer Mail an die Gemeindeverwaltung fest. Die Mail liegt der Redaktion vor. „Dient es dem Ehrenamt, der Gemeinde, dem Engagement, hier vor unseren Augen/Ohren die Notwendigkeit der

Ortsvorsteher zu besprechen?“, so Jung.

Zuvor hatte der Gemeinderat mit den Stimmen der CDU- und Teilen der UK-Fraktion den Haushalt 2022 durchgewunken. Grüne und SPD stimmten dagegen. Auf die sonst üblichen Haushaltsreden hatten die Fraktionschefs verzichtet, um die Sitzung nicht zu verlängern. Der Etat sieht ein Defizit von 1,2 Millionen Euro vor, die Gemeinde muss also ans Gesparte in der Ausgleichsrücklage. Es gab nur wenige Anträge zum Haushalt: CDU, SPD und Grüne wollen ein Förderprogramm für Photovoltaikanlagen auflegen. Während Grüne und SPD dafür 100.000 Euro in 2022 ausgeben wollten, setzte die CDU 25.000 Euro durch (wir berichten noch).

Windkraft-Sitzung

■ Wo sollen sich in der Gemeinde **Windräder** drehen? Mit dieser Frage beschäftigt sich am kommenden Montag, 20. Dezember, der Ausschuss für Bauen, Umwelt und Gemeindeentwicklung in einer **Sondersitzung**.

■ Die öffentliche Sitzung beginnt um 17.30 Uhr in der Aula der Sekundarschule.